

WORKERS OF ALL COUNTRIES, UNITE!

FORTNIGHTLY BULLETIN
DÖRÜM
COMMUNIST PARTY OF TURKEY

INFORMATION BULLETIN OF THE COMMUNIST PARTY OF TURKEY

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

INFORMATIONSBULLETIN
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TÜRKEI

SONDERNUMMER

20. OKTOBER 1978

INHALT:

1. Der Prozeß gegen das TKP-Programm
2. Was hat der Prozeß zum Ausdruck gebracht?
3. Was beinhalten die Paragraphen 141 und 142?
4. Der Druck der Regierung auf den Progressiven Frauenverband

DER PROZESS GEGEN DAS TKP-PROGRAMM

Am 17. Oktober fand in Istanbul vor dem 2. Strafgerichtshof der Prozeß gegen den Verantwortlichen des ÖRÖN-Verlags Ahmet Taştan statt. Er wird wegen der legalen Herausgabe des TKP-Programms aufgrund des faschistischen Gesetzesparagraphen 142 und der anderen antidemokratischen Paragraphen angeklagt. Das Strafmaß für seinen Fall reicht von mindestens 11 Jahren und 3 Monaten auf 40 Jahre. An die 50 Rechtsanwälte übernahmen die Verteidigung von Ahmet Taştan. Anwälte und Gewerkschafter aus Frankreich, Belgien, Großbritannien und der Bundesrepublik, sowie ein Vertreter der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen verfolgten den Prozeß. Im Gerichtssaal war eine große Anzahl von Zuschauern anwesend.

Der Verlagsdirektor Ahmet Taştan stellte in seiner Rede vor den Richtern folgendes fest: "Die TKP ist als ein gesellschaftlicher Faktor zum Gesprächsgegenstand in allen Bereichen

der Gesellschaft-unter Arbeitern, Studenten, Lehrern und Unternehmern wird über sie diskutiert. Am 1. Mai 1978 haben Hunderttausende von Menschen, die den Taksim-Platz überfüllten, die Forderung der Freiheit für diese Partei ausgerufen... Gegen das TKP-Programm wird sehr viel veröffentlicht. Von Fethi Tevetoglu, İlhan Darendelioğlu, Aclan Sayilgan, Zekeriya Sertel, u.a. Aber gegen niemanden wurde bisher deswegen Untersuchungen eingeleitet oder ein Verfahren eröffnet. Mit der Herausgabe des TKP-Programms habe ich vor allem meine demokratische Pflicht als Verleger erfüllt. Das TKP-Programm ist zunächst ein Dokument; es ist eine wissenschaftliche Publikation... Unter der Ländergemeinschaft Europas ist die Türkei das einzige Land, wo die Kommunistische Partei verboten bleibt. Dieser Prozeß darf nicht die Anklage meiner Person beinhalten, sondern ^{muß} über die Existenz der Paragraphen 141 und 142 ein Urteil fällen." (x)

Der Präsident der Anwaltskammer von Istanbul Orhan Apaydin und das Mitglied des Vorstands der Kammer Turgut Kazan, die die Verteidigung von Ahmet Taştan mit übernommen haben, forderten, daß das Gericht sich für die Aufhebung der Paragraphen 141 und 142, die zu der Zeit des Faschisten Mussolini aus dem italienischen ins türkische Strafgesetzbuch übernommen wurden, an das Verfassungsgericht wenden soll. Orhan Apaydin sagte: "Die Veröffentlichung des TKP-Programms bedeutet die schriftliche Veröffentlichung einer Meinung. Das gehört zur Meinungsfreiheit. Deshalb ist dieses Verfahren nicht nur ein Verfahren über die Herausgabe des TKP-Programms, sondern ein Verfahren darüber, ob das bestehende Gesetz die Meinungsfreiheit einschränkt oder nicht... In der Türkei gibt es eine faschistische Partei. Diese Partei darf ihre Meinung frei äußern. Sie darf in der Regierung der Gesellschaft mitbestimmen, sie darf die staatliche Bürokratie erobern, aber die TKP soll außerhalb der Legalität existieren." Der Anwalt Turgut Kazan stellte fest, daß dieses Verfahren, die antidemokratischen Maßnahmen in unserem Land gegen die allgemeinen Rechtsnormen, gegen die Menschenrechte, gegen die internationalen Vereinbarungen, sowie gegen die Verfassung verstoßen.

(x) Für weitere Informationen siehe die zweisprachige Broschüre in Türkisch und Englisch von Ahmet Taştan "Nein zu §141 und §142 - Freiheit für die TKP" Zu beziehen vom ÜRÜN-Verlag: ÜRÜN Yayınları, P.K. 41 Sirkeci-Istanbul, Türkei

Angesichts der Forderungen der Verteidigung sagte der Staatsanwalt Çetin Yetkin, daß es möglich sei, sich für die Aufhebung der Paragraphen 141 und 142 an das Verfassungsgericht zu wenden und er seine Meinung darüber der nächsten Sitzung sagen werde. Der Prozeß wurde daraufhin auf den 23. Dezember 1978 vortagt.

BBC und die anderen internationalen Agenturen und Pressevertreter verfolgten den Prozeß. Auch solche bürgerlichen Zeitungen mit hoher Auflage, wie **Cumhuriyet**, **Milliyet**, **Hürriyet** und **Günaydın**, die bisher Informationen über die TKP unterdrückt hätten, geben Meldungen über den Prozeß einen breiten Raum. Auch die internationale Presse berichtete über den Prozeß. Der Vorsitzende der Journalistengewerkschaft der Türkei, Bezirk Ankara, Yılmaz Gümüşbaşı, verurteilte in einem Brief an den Justizminister die Anklage gegen den Verantwortlichen des Ürün-Verlags Ahmet Taştan und trat für die Aufhebung der Paragraphen 141 und 142 ein. Sogar Oktay Ekşi, Kolumnist der Tageszeitung Hürriyet und bekennt für seine antikommunistische Haltung, stellt in seinem Artikel mit der Überschrift "Warum die TKP?" am 19.10.78 die Notwendigkeit der Legalisierung der TKP nunmehr fest. Die alten, groben antikommunistischen Ausfälle der Bourgeoisie verlieren zunehmend an Wirksamkeit. In einer Artikelserie "Die kommunistischen Parteien des europäischen Mittelmeers und ihre Probleme", die in der Woche des Prozesses in der Tageszeitung Milliyet veröffentlicht wurde, mußte H. Örgüplü die wachsende Kraft und Wirksamkeit der TKP zugeben.

Am Abend des 17. Oktober wurde in Istanbul im Casablanca-Saal ein "Freiheitsabend" veranstaltet. Der Eigentümer des ÜRÜN-Verlags Ural Ateşer, der Generalsekretär der Friedensvereinigung der Türkei Enis Coşkun, der Rechtsanwalt Turgan Arınır und der Präsident des Lehrerverbands TÜB-DER Talip Öztürk, die internationalen Gäste des Prozesses, die Anwälte und Gewerkschafter, die Vertreter der türkischen Arbeiterorganisationen in Westeuropa waren ebenfalls an der Veranstaltung anwesend. Ein großer Teil der Teilnehmer aus der Bevölkerung konnte in dem überfüllten Saal keinen Platz finden und mußte die Veranstaltung draußen verfolgen. Die große Menschenmasse in und außerhalb des Saales rief ständig die Losungen "Freiheit für die TKP!" "141-142 werden aufgehoben, die Freiheiten errungen" aus und sangen die Hymne der TKP und die Internationale.

WAS HAT DER PROZESS ZUM AUSDRUCK GEBRACHT ?

Der Prozeß am 17. Oktober verlief als ein Verfahren gegen das Verbot der TKP, gegen die faschistischen Paragraphen 141 und 142. Der Zweifel, den der Staatsanwalt über die Verfassungsmäßigkeit dieser Paragraphen äußerte, stieß schon beim ersten Schritt die Grundlage der Anklage um. Die Antreiber des Terrors und des Verbots gegen die TKP, die seit 56 Jahren währen, die antikommunistischen Kreise, werden immer mehr isoliert. Der Angriff gegen das TKP-Programm schlägt nach hinten zurück.

Die Reaktionen gegen dieses Verfahren, die Dimensionen dieser Reaktionen zeigen, daß der faschistische Terror den Widerstand der progressiven Kräfte nicht brechen konnte. Die Solidarität mit den Herausgebern des TKP-Programms im Lande ist ein Kettenglied im Kampf der TKP für die Errichtung der Front der nationalen und demokratischen Kräfte. Die Isolierung des Antikommunismus, der Erfolg beim Prozeß am 17. Oktober, ist eine gemeinsame Errungenschaft, ist ein gemeinsamer Erfolg aller progressiven, demokratischen Kräfte. Das Solidaritätskomitee mit URUN-Verlag hat an diesem Erfolg ein bedeutendes Anteil.

Der Prozeß hat gezeigt, daß die werktätigen Massen und vor allem die Arbeiterklasse sich in immer größerem Maße ihrer eigenen Partei annehmen. Das ist kein Zufall. Das TKP-Programm, das unter der Regierung Hoover konfisziert worden ist, wird zu einem Zeitpunkt, wo der Druck des Imperialismus verstärkt wird und die blutigen, faschistischen Terrorakte sich mehren, unter Anklage gestellt. Genau zu diesem Zeitpunkt läßt die Regierung die US-Basen in Betrieb nehmen und unterwirft sich dem imperialistischen Druck. Sie unternimmt nichts gegen die Verantwortlichen des faschistischen Terrors, die Partei der nationalistischen Bewegung NHP und ihre Nebenorganisationen, deren Anschläge sich gegen Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten richten. Sie verbietet dagegen die Tätigkeit mehrerer Kreisorganisationen des Progressiven Jugendverbands IGD und die Mitgliedschaft des Progressiven Frauenverbands IKD in der Internationalen Demokratischen Frauenföderation. Obwohl sie sich für demokratische Freiheiten ausgibt, unternimmt sie keinen Schritt für die Aufhebung der faschistischen Paragraphen 141 und 142. Die Regierung verwirklicht das Gegenteil dessen, was sie versprochen hat. Sie läßt die Löhne einfrieren und wälzt die Last der Krise auf die Werktätigen ab.

Als Folge dieser Politik verliert die CHP-Führung ihre Unterstützung durch die Massen, und sie wendet sich mit jedem Tag etwas mehr der Zusammenarbeit mit der Reaktion zu.

Es ist ersichtlich, daß die Anklage gegen das TKP-Programm nicht zufällig erfolgt. Die Bourgeoisie hat Angst vor der Vertreibung dieses Programms, das den Weg zur Unabhängigkeit, Demokratie, zum Frieden und Sozialismus weist.

Die Reaktionen seitens der Arbeiterklasse und der Werktätigen gegen das Verfahren gegen das TKP-Programm, die wachsende Solidarität mit den Herausgebern des Programms zeigen eine Tatsache mit aller Deutlichkeit: Die Massen nehmen sich der Kommunistischen Partei der Türkei an. Die Arbeiter und die Werktätigen richten immer mehr ihre Augen auf die TKP, die den einzigen Weg der Befreiung zeigt und gegen den blutigen, faschistischen Terror für den Schutz des Lebens die Massen zum organisierten Kampf führt. Die Politik der TKP, die Arbeiterpartei der Türkei TİP, die anderen sozialistischen Parteien und Organisationen, den patriotischen und demokratischen Flügel der Republikanischen Volkspartei CHP in einer einzigen Kampffront zu vereinigen, wird vom Leben immer mehr bestätigt.

WAS BEINHALTEN DIE PARAGRAPHEN 141 UND 142?

Woher kommen die beiden Paragraphen, die 1936 mit einigen Veränderungen ins türkische Strafgesetzbuch übernommen worden sind? Diese Paragraphen haben vom ersten Tag ihrer Übernahme bis heute nicht nur gegen die Schritte zur Organisierung der Arbeiterklasse und der Verbreitung ihrer Ideologie, sondern gegen zahlreiche demokratische Initiativen Anwendung gefunden, und zahlreiche Demokraten wurden aufgrund dieser Paragraphen verurteilt. Das Strafmaß dieser Paragraphen erstrecken sich von mindestens 5 Jahren bis auf die Todesstrafe.

Die Paragraphen 141 und 142 entstanden ursprünglich 1926 in Italien während der Periode der Etablierung des Faschismus. Der Faschismus, der 1922 an die Macht kam, brachte den Begriff "Schutz des Staates" hervor und das faschistische "Gesetz zum Schutz des Staates" gelangte 1930 ins Strafgesetzbuch Italiens. Mussolini, der nach der Machtübernahme mit einem Sondergesetz alle demokratischen Vereinigungen und Gewerkschaften verboten hatte,

nutzte diese Paragraphen zur weiteren Unterdrückung der Tätigkeit der verbotenen Organisationen und ihrer Propaganda aus.

Nach 6 Jahren wurden diese Paragraphen, die 270. und 272. des italienischen Strafgesetzbuches, als die 141. und 142. ins türkische Strafgesetzbuch übernommen. Diese Paragraphen sind in der Türkei von 1978 noch immer in Anwendung und zahlreiche Demokraten, Sozialisten und Kommunisten werden aufgrund dieser Paragraphen verurteilt.

DER DRUCK DER REGIERUNG AUF DEN PROGRESSIVEN FRAUENVERBAND IKD

Das Innenministerium wies den Antrag des IKD zur Mitgliedschaft in der Internationalen Demokratischen Frauenföderation IDFF ab. Diese antidemokratische Maßnahme der Regierung reiht sich ein in die Politik, die sie bis heute verfolgt, und die sich zunehmend nach rechts entwickelt.

Die Vorsitzende der IKD Frau Beria Onger hat erklärt, daß dieser Beschluß den Schlußakte von Helsinki widerspricht. Die Regierung stellt sich mit diesem Beschluß nicht nur gegen den Progressiven Frauenverband IKD, sondern gegen die internationale demokratische Frauenbewegung. Der IKD und die IDFF führen wirksame Aktivitäten für Demokratie, Frieden und sozialen Fortschritt durch. Der Druck, den die Ecevit Regierung zu einem Zeitpunkt ausübt, wo sie die amerikanischen US-Basen in Betrieb nehmen läßt und angesichts des faschistischen Terrors in Untätigkeit verharret, erfolgt nicht zufällig.

Der Beschluß des Innenministeriums basiert auf den willkürlichen Befugnissen, die das antidemokratische Vereinsgesetz, gegen das sich die Republikanische Volkspartei CHP mehrmals ausgesprochen hat, dem Ministerium zuspricht.

Die Republikanische Volkspartei CHP, der ebendieser Innenminister, der die Mitgliedschaft des IKD in einer internationalen Organisation verboten hat, zugehört, hat bekanntlich in jüngster Vergangenheit die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale beantragt. Das wiederum bringt zum Ausdruck, wie die CHP-Führung ein Recht, das sie für ihre eigene Partei in Anspruch nimmt, anderen Organisationen nicht zubilligt. Die TKP protestiert gegen diese Repressionen und ruft alle nationalen sowie internationalen demokratischen Organisationen, vor allem die Frauenorganisationen zur Solidarität mit dem IKD auf. Das Verbot der Mitgliedschaft des IKD in der IDFF muß aufgehoben werden.